

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Anstalt dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. J. Klein & Co.
Breitestraße 20.
in Grätz bei J. Streich,
in Meiseric bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Jachow.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien;
bei C. J. Dautz & Co.,
Hauptstraße 10.
In Berlin, Dresden, Grätz
beim „Invalidendank“.

Nr. 236.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4/6 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postämter des Reiches an.

Mittwoch, 2. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amstliches.

Berlin, 1. April. Der König hat den Regierungs-Rath Dr. Febré aus Berlin, zur Zeit in Emmerich, zum Ober-Regierungs-Rath, und den bisherigen Ersten Seminarlehrer Friedrich zu Dramburg zum Seminar-Direktor ernannt; ferner dem Direktor der Sternwarte und ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Breslau, Dr. Galle den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath, und dem praktischen Arzt Dr. med. Staub zu Trier, den Kreis-Physikus Dr. med. Pöde zu Neustettin, dem gerichtlichen Stadt-Physikus Dr. med. Long zu Breslau und dem praktischen Arzt Dr. med. Stiller zu Kloster Leubus den Charakter als Sanitätsrath verliehen; sowie der Wahl des Oberlehrers am Friedrich-Werderschen Gymnasium zu Berlin, Professor Dr. Müller zum Direktor des Luisenstädtischen Gymnasiums daselbst, und der Wahl des Oberlehrers am Gymnasium zu Montabaur, Dr. Neß zum Direktor des Realgymnasiums zu Aachen die Allerhöchste Befähigung ertheilt.

Dem Ober-Regierungs-Rath Dr. Febré ist die Stelle des Ober-Regierungs-Raths bei der Provinzial-Steuer-Direktion zu Breslau, und den Regierungs-Messior Kuhn zu Stettin die Stelle eines Mitglieds der Provinzial-Steuer-Direktion zu Stettin verliehen worden.

Der Gymnasial-Direktor Dr. Appenamp in Düren ist in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Düsseldorf, und der Oberlehrer Dr. Braun II. vom Gymnasium in Marburg in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Weiburg versetzt worden. Dem Oberlehrer am Stadtgymnasium zu Stettin, Dr. Jonas, und dem Oberlehrer am Marienstädtischen Gymnasium zu Stettin, Hoffmann ist das Prädicat Professor beigelegt worden. Die Berufung des Oberlehrers Dr. Sucke-land vom Gymnasium zu Dessau in gleicher Eigenschaft an die lateinische Hauptschule der Französischen Stiftungen zu Halle a. d. Saale, sowie die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Weingärtner an derselben Anstalt zum Oberlehrer, genehmigt worden. Bei dem Gymnasium zu Stargard i. P. sind die ordentlichen Lehrer Könnike und Kewie, bei dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen der ordentliche Lehrer Dr. Schafje, am Gymnasium zu Nordhausen der ordentliche Lehrer Dr. Schambach zu Oberlehrern ernannt worden. Der ordentliche Lehrer vom Gymnasium in Düsseldorf, Dr. Luthke ist zum Oberlehrer beim Gymnasium in Emmerich befördert worden. Bei dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Köln sind die ordentlichen Lehrer Stein und Meurer sowie der ordentliche Lehrer Dr. Döblich vom Gymnasium zu Düren zu Oberlehrern befördert und ist dem ordentlichen Lehrer Kamp der Titel Oberlehrer beigelegt worden. Die Beförderung des ordentlichen Lehrers am Stadtgymnasium zu Stettin, Steffenhagen zum Oberlehrer an derselben Anstalt, des ordentlichen Lehrers am städtischen Gymnasium zu Halle a. S. Poppmüller zum Oberlehrer an derselben Anstalt, des katholischen Religionslehrers Fell am Gymnasium am Mariellen zu Köln zum Oberlehrer an derselben Anstalt, und des ordentlichen Lehrers am Gymnasium zu Wesel, Dr. Rebling zum Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt worden. Dem ordentlichen Lehrer am Gymnasium zu Merleburg, Dr. Scheibe ist der Titel Oberlehrer beigelegt worden. Dem Oberlehrer am Sophien-Realgymnasium zu Berlin, Wagner ist das Prädicat Professor beigelegt worden. Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Baum- bach am Realgymnasium zu Duisburg zum Oberlehrer an derselben Anstalt, und die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Semles am Realgymnasium zu Köln zum Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt worden. Dem Seminar-Direktor Friedrich ist das Direktorat des Schullehrer-Seminars zu Dramburg verliehen worden. Am Schullehrer-Seminar zu Alt-Döbern ist der bisher kommissarisch beschäftigte Lehrer Märker als ordentlicher Lehrer angestellt, am Schullehrer-Seminar zu Nettmann ist der Hilfslehrer Düwe zum ordentlichen Lehrer befördert, und an der Präparanden-Anstalt zu Heiligenstadt der Lehrer Schröter als Zweiter Lehrer angestellt worden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung.

Berlin, 1. April. Am Ministerische: v. Puttkamer, Dr. Friedberg.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.
Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erledigt ohne Diskussion den Entwurf, betreffend die Aufhebung verschiedener baulicher Bestimmungen in Frankfurt a. M., in erster und zweiter Beratung.

Ebenso passiert der Entwurf, Abänderung des § 13 des Gesetzes über die Befugnisse der Strombau-Verwaltung gegenüber den Uferbesitzern an öffentlichen Flüssen, ohne Diskussion die erste und zweite Beratung.

Das Haus tritt dann in die erste Beratung des vom Herrenhaufe angenommenen Gesetzes über den Betrieb des Fußbeschlages gewerbes ein.

§ 1 macht den Betrieb des Fußbeschlages gewerbes von der Beibringung eines Prüfungszeugnisses abhängig.

Abg. Meßner begreift die Vorlage als eine Etappe auf dem Wege der Beseitigung der Gewerbefreiheit — freilich mache sich auf allen Gebieten des Handwerks das Bedürfnis einer Prüfung fühlbar.

Abg. Dirichlet: Die gegenwärtige Vorlage kann ich besonders für den kleinen Landmann nur als durchaus schädlich bezeichnen. Dem Landmann liegt daran, einen Schmied in der Nähe zu haben, der alle Schmiedearbeiten, auch den Fußbeschlages ausführen kann; von einem Dorf Schmied kann man aber doch nicht verlangen, daß er sich einer Prüfung unterziehe. Wenn aber nur in großen Zwischenräumen ein Schmied anzufinden ist, so kann das den Ansprüchen der Landwirtschaft nicht genügen. Ich bitte daher um Ablehnung der Vorlage im Interesse der Landwirtschaft.

Geb. Rath Thiem: Gegen die Meinung des Vorredners spricht doch wohl der Umstand, daß alle landwirtschaftlichen Vereine Preußens, ausgenommen die von Masuren, wiederholt um Erlaß eines solchen Gesetzes gebeten — man scheint in landwirtschaftlichen Kreisen also doch anderer Ansicht zu sein, als der Vorredner. Ein Bedürfnis nach Erlaß eines solchen Gesetzes besteht also sehr wohl. Eine Abänderung

für das Schmiedgewerk wird durch das Gesetz gar nicht herbeigeführt. Die Schmiede können nach wie vor neben dem Fußbeschlages alle anderen Schmiedearbeiten ausführen. Die Prüfung wird eine möglichst leichte und ausschließlich praktische sein, womit Kosten nicht verbunden sein werden. Eine Verweisung der Vorlage an eine Kommission scheint bei der Einfachheit der Vorlage wohl kaum notwendig; ich bitte Sie daher um Annahme des Gesetzes.

Geb. Rath Bodtke: Einer der Vorredner hat diese Vorlage als eine Etappe auf dem Wege zur Beseitigung der Gewerbefreiheit bezeichnet. Dies ist keineswegs der Fall, wie denn überhaupt die Frage, ob Gewerbefreiheit oder nicht, Sache des Reiches ist und von der preussischen Regierung in dieser Hinsicht gar keine Gesetze erlassen werden können.

Abg. v. Hülsen hält diese Vorlage für notwendig, da durch schlechte Schmiede unter den Pferdebesitzern viel Unheil angerichtet werden könne. Die Landbevölkerung habe freilich eine gewisse Angst vor gelehrten Thierdoktoren und also auch vor gelehrten Schmieden, es sei daher sehr erfreulich, daß der Regierungsvertreter betont habe, die Prüfung werde eine rein praktische sein.

Abg. Dirichlet: Trotz der Erklärung des Regierungskommissars läßt sich doch nicht bestreiten, daß gerade die preussische Regierung wiederholt Gelegenheit genommen hat, die Gewerbefreiheit im Einzelnen zu beschränken. — Was die landwirtschaftlichen Petitionen anbelangt, so ist doch zu bedenken, daß gerade in Bezug auf den Fußbeschlages wohl der landwirtschaftliche Zentralverein von Masuren gewiß kompetent ist. Ich muß daher nochmals um Ablehnung der Vorlage, event. um Verweisung derselben an eine Kommission bitten.

Abg. Meßner und Abg. Lauenstein befürworten die Verweisung der Vorlage an eine Kommission. Abg. v. Krosigk spricht sich dagegen aus.

Abg. Dirichlet: Dieses Gesetz bedeutet einen Eingriff in das persönliche Recht, es nimmt uns die Freiheit, zu bestimmen, wem wir den Fußbeschlages unserer Pferde anvertrauen. Ich bitte nochmals um Verweisung an eine Kommission, in welcher die Bedürfnisfrage entschieden werden soll.

Abg. Freih. v. Schorlemer-Alst: Ich möchte doch bitten, daß man hier, wie bei allen Fragen, in Erwägung zieht, ob der Entwurf dem allgemeinen Wohle dient, gleichviel, ob er auf die Gewerbefreiheit irgend welchen Einfluß hat. Geht dabei ein Stück Gewerbefreiheit verloren um so besser, denn dann war es nicht von Nutzen. Wenn Abg. Dirichlet sich so sehr an die Gewerbefreiheit klammert — weshalb führt er sie nicht konsequent durch und tritt für freie Abolatur ein. Ich halte es für besser, wenn ein Pferd eine Strecke weiter geht und auf beschlagen wird, als wenn es in der Nähe — vernagelt wird.

Die erste Beratung wird geschlossen.
In zweiter Beratung wird § 1 ohne Diskussion angenommen.

§ 2 befaßt mit der Ertheilung des Prüfungszeugnisses des vom Staate bestätigten Prüfungskommissionen, die anerkannten Fußbeschlageslehreanstalten und die Militärschmieden, welchen die Befugnis beigelegt wird.

Abg. Meßner beantragt, die Innungen damit zu betrauen und wo die Innungen fehlen, die Militärschmieden.

Abg. Freih. v. Schorlemer-Alst tritt für diesen Antrag ein, gegen dessen Annahme die Regierungsvertreter sich erklären, da der Antrag der Landwirtschaft Gefahr bringe.

Abg. Zelle: Ich habe die Erfahrung gemacht, daß von den Innungen zu den Prüfungskommissionen meistens Meister abgeordnet werden, welche die geringste Praxis haben; ob Zeugnisse solcher Meister von großem Werthe sind, erscheint doch zweifelhaft. Will das Haus aber dem Antrage Meßner beitreten, so erscheint mir noch jetzt Verweisung der Vorlage an eine Kommission erforderlich.

Der Antrag des Abg. Meßner wird abgelehnt und die Vorlage in zweiter Beratung unverändert angenommen.

Das Haus tritt in die erste Beratung des Entwurfs zur Ergänzung des Gesetzes, betr. die Unterbringung verwaelter Kinder.

Abg. Zelle beantragt Verweisung der Vorlage an eine Kommission, da ein Amendement zu dem Gesetze vorliege.

Der einzige Artikel des Gesetzes lautet:

„In außergewöhnlichen Fällen kann das Recht der Zwangsverweisung auf den Antrag des verpflichteten Kommunalverbandes durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts bis längstens zur Großjährigkeit ausgedehnt werden.“

Vom Abg. Jungd ist ein Zusatz zu diesem Paragraphen beantragt worden; wonach der Kommunalverband unter gewissen Umständen zur Unterbringung des Zögling in Lehre oder Dienst berechtigt sein soll.

Minister v. Puttkamer: Ich kann mich dem Wunsche des Abg. Zelle nur anschließen. Der vom Abg. Jungd eingebrachte Antrag ist doch ein so weitgehender, daß eine genaue Prüfung desselben in der Kommission nöthig erscheint. Auch würde es sich sehr wohl verlohnen, wenn der vom Herrenhaufe gestrichene ursprünglich erste Artikel dort nochmals geprüft würde. Die Regierung sieht freilich natürlich den Schwerpunkt der Vorlage in dem ursprünglich zweiten, jetzt einzigen Artikel des Gesetzes; dieser Artikel wird aber durch den Antrag des Abg. Jungd in so hohem Maße beeinflusst, daß ich nochmals um Ueberweisung an eine Kommission bitte.

Abg. Hansen macht darauf aufmerksam, daß durch das Rückrecht des Kommunalverbandes oft große Verzögerungen entstehen würden, behält sich einen Antrag jedoch erst für die zweite Lesung vor.

Abg. Freiherr v. Seereman beantragt Verweisung der Vorlage an die Justizkommission, welche um sieben Mitglieder verstärkt werden soll.

Abg. Jungd beantragt Verweisung an eine Kommission von 7, höchstens 14 Mitgliedern.

Die Vorlage wird sodann an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Das Gesetz über die Auflösung der gemeinschaftlichen Kirchenklassen in der Nordharde und der Süderharde auf der Insel Alsen passiert ohne Diskussion die erste und zweite Lesung.

Ohne Debatte erledigt das Haus fobann die Novelle zum Pensionsgesetz, den Entwurf betr. die Haftung der Versicherungsgelder, sowie die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der Hochruth-Verheerungen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. L. D.: Petitionen, Anträge des Abg. Stöder (Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des kirchlichen Nothstandes).

Schluß 1½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 1. April. In Folge der gestrigen Jorues-Ergüsse des Zentrums gegen die Regierung wegen der Ablehnung der Aufhebung der Gehaltssperre in der Diöcese Posen begegnet man heute vielfach der Ansicht, es sei nun entschieden, daß diese Partei oder doch das Gros derselben, im Reichstag gegen das Sozialistengesetz stimmen werde. Rühle Beurtheiler halten das aber keineswegs für ausgemacht. Die Zentrumsredner mußten unter allen Umständen, gleichviel was sie betreffs des Sozialistengesetzes beabsichtigen mögen, zu Ehren ihres für die meisten Abstimmungen absolut zuverlässigen polnischen Hilfskorps bei diesem Anlaß eine kleine Kanonade aufführen — hat es doch schon zuweilen von polnischer Seite nicht an der Beschwerde gefehlt, daß das Zentrum sich der Klagen der Polen nicht eifrig genug annehme. Bis zum 24. April, an welchem Tage die Kommission für das Sozialistengesetz ihre Arbeiten wieder aufnimmt, werden die Herren v. Schorlemer und Windthorst, wenn es ihnen so paßt, längst vergessen haben, was sie am 31. März im Abgeordnetenhaufe gesprochen. Vorherhand ist aus dem gestrigen Zusammenstoß nichts weiter zu schließen, als daß die Regierung es nicht darauf anlegt, die Zustimmung des Zentrums zur Verlängerung des Sozialistengesetzes theuer zu erkaufen. Dies stimmt mit der wiederholt an dieser Stelle gegebenen Darlegung überein, wonach der Regierung, richtiger ausgedrückt, dem Kanzler, nicht daran liegt, eine Auflösung des Reichstags aus Anlaß der Verweigerung der Verlängerung des Sozialistengesetzes zu verhüten. Dieses Bestreben hatte bisher vielmehr das Zentrum, und die Gründe dafür werden nicht dadurch berührt, daß in Posen — worauf man bis zu der unerwarteten Aufhebung Sperre für Köln durchaus gefaßt war — die Gehaltssperre fortbauert. Die entscheidende Frage ist nach wie vor, ob die zur Annahme des Sozialistengesetzes entschlossenen Führer des Zentrums den Widerstand der bisherigen Opponenten in der Partei so weit überwinden können, daß eine Majorität zusammenkommt. Allerdings könnte dieses Bemühen aussichtslos, als es bisher schien, werden, falls, wie es den Anschein hat, die wieder in Rom aufgenommenen Verhandlungen über die Ausbildung des Klerus und über die geistliche Jurisdiktion desselben nach kurzem Verlauf abermals auf einen toten Strang gerathen sind. — Die durch positive Bestimmungen der Städteordnung jedenfalls nicht zu rechtfertigende Strafbefugung an den Vorreher der Stadtverordneten-Versammlung behufs Verhütung der Verathung des Antrags Singer in dieser Versammlung dürfte von den beiden städtischen Behörden nicht zum Gegenstand einer „großen Aktion“ gemacht werden. Man wird selbstverständlich Beschwerden führen und die Strafbefugung wird Gegenstand einer Debatte in der Versammlung werden; aber die Stimmung im Magistrat und unter den Stadtverordneten ist eine ziemlich kühle, was sich daraus erklärt, daß der Anlaß zu dem Konflikt, der sozialdemokratische Antrag, sowohl seines Ursprungs, als seiner Ausichtslosigkeit halber keine Sympathien für sich hatte, so daß der Konflikt selbst ein allzu abstrakter ist, um viel Eifer zu erregen; wenn man sich für den sachlichen Inhalt einer Streitfrage nicht interessiert, pflegt der Streit um Kompetenz- und Formfragen nicht sehr erregend zu wirken. Es kommt dazu, daß es auch in den beiden städtischen Behörden nicht an Vertretern der Ansicht fehlt, der Antrag Singer gehöre, obgleich er nur auf eine Petition an den Reichstag und Landtag gerichtet ist, nicht zur Kompetenz der Stadtverordneten-Versammlung. — Dem Bundesrath ist heute ein wichtiger Gesetzesentwurf zugegangen: das Reich soll dadurch ermächtigt werden, auf seine Kosten auf Privateisenbahnen auch wider deren Willen die im Interesse der Landesverteidigung erforderlichen Anlagen, z. B. zweite Geleise, zu beschaffen. Abgesehen von dem unmittelbaren Zwecke dieses Vorlage handelt es sich allem Anschein nach darum, die preussische Regierung von dem Pressionsversuch zu befreien, welcher durch die auf die Verstaatlichung berechnete Kurstreiber in den Aktien einiger Eisenbahnen in den Ostprovinzen seit längerer Zeit unternommen wird. Geht der heute im Bundesrath eingebrachte Entwurf durch, so liegt keinerlei Nothwendigkeit für die Verstaatlichung jener Bahnen mehr vor.

— Die für heute Abend in Aussicht genommene Abreise des Kronprinzen zur Theilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten in London ist, wie die „Post. Ztg.“ hört, aufgeschoben worden.

— In Betreff des Rücktritts des Reichskanzlers von den preussischen Regierungsgeschäften versichern die „Berl. Pol. Nachr.“, daß alles, was von einer Umgestaltung des Bundesrathes verbreitet wird, in das Gebiet der Erfindungen zu verweisen sei und daß die mit dem Rücktritt des Kanzlers vom

preussischen Ministerpräsidenten u. s. w. zusammenhängenden Fragen zur Stunde um so weniger definitiv geregelt sein dürften, als die Entscheidung Sr. Majestät in der Hauptfrage noch nicht ergangen sei.

— Zur Dispens-Angelegenheit bringt die „Nordb. Allg. Ztg.“ folgende, bereits telegraphisch erwähnte offizielle Mitteilung:

„Gegenüber verschiedenen in der Presse enthaltenen theils unrichtigen, theils entstellten Angaben über den Stand der Dispensationsangelegenheit sind wir in der Lage, aus zuverlässiger Quelle mitzutheilen, daß der durch Vermittelung des Bischofs von Rulm für im Ganzen 1443 katholische Geistliche nachgesuchte Dispens in 1234 Fällen bereits erteilt ist, daß in 30 Fällen die Erörterungen noch nicht ihren Abschluß gefunden haben und daß in 178 Fällen Dispensation von dem dreijährigen Studium auf einer deutschen Universität bezw. einer gleichwertigen Bildungsanstalt nicht erteilt ist.“

— Mit dem heutigen Tage sind die sog. diskretionären Vollmachten des Zulagegesetzes von 1880, welche sich auf den Dispens vom Bischofsseid, die kommissarische Vermögensverwaltung und die Wiederaufnahme der Staatsleistungen beziehen, erloschen. Der Bischofsparagraf behält auch fernerhin Gültigkeit.

— Dem Bundesrat ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verpflichtung der Privateisenbahnen zur Herstellung von Anlagen im Interesse der Landesverteidigung, nebst Begründung zugegangen. Der Gesetzentwurf bezweckt, dem Reich die Mittel zu gewähren, um auch gegen den Willen der Verfügungsberechtigten den im Interesse der Landesverteidigung etwa notwendigen Ausbau von Privatbahnen unverweilt zu bewirken. — Eine Herstellung der Anlagen durch Organe des Reichs wird schon wegen der damit unvermeidlich verknüpften störenden Eingriffe in den Betrieb der Bahn und wegen der Schwierigkeit einer angemessenen Regelung der Eigentumsverhältnisse als ausgeschlossen zu betrachten sein. Demgemäß legt der Entwurf den Privateisenbahnen die Verpflichtung auf, die erforderlichen Aenderungen und Erweiterungen ihrer Anlagen selbst vorzunehmen.

— Der Bericht der 7. (Unfallversicherungs-) Kommission des Reichstags über die Novelle zum Hilfskassengesetz, erfaßt von dem Abg. Frigen, ist soeben ausgegeben worden. Mit der zweiten Beratung dieses Gesetzentwurfs wird der Reichstag nach Dürn seine Arbeiten wieder beginnen.

Wien, 1. April. (Erweiterte Meldung.) Die Morgenblätter publizierten eine erschöpfende Darstellung über die Aktion der anarchistischen Partei, welche mit dem Attentat Merzlinger 1882 begann, an das sich der Massenaufzug der Arbeiter gegen die Polizei im August v. Js., die Ermordung Glubel's, der Skandal in der Pfarrkirche in Favoriten, die Ermordung Eiser's und des Detektivs Bloch reihen. Die Darstellung erwähnt ferner die im Herbst des vergangenen Jahres erfolgte Ermordung des angeblichen John Newe, alias Stevens, Expeditor der „Möf'schen „Freiheit“ bezeichnet wurde, die Verhaftung eines Arbeiters, in dessen Keller eine Adressliste aufgefunden wurde, mittelst welcher die sozialistischen Schriften hergestellt wurden, endlich die Verhaftung einiger Individuen unter dem Verdachte, Sprengstoffe zu fabrizieren. Der Bericht hebt hervor, sowohl Stellmacher als auch Kammerer seien Exekutivorgane des von Mosé gebildeten und geleiteten anarchistischen Zentralkomitees in Newyork, dessen Anhänger neben der verbrecherischen Art der Requisition und der Agitationsmittel auch nach Fenerart Nachschüsse an Polizeibehörden verübten, worauf der Umstand hinweist, daß die „Möf'sche „Freiheit“ schon lange vor der That die Ermordung Glubel's und Bloch's ankündigte. Die Darstellung zählt dann detailliert die Anhaltspunkte auf, welche darauf hinweisen, daß Stellmacher und Kammerer die Mordthat in der Eiser'schen Wechselstube verübten und erwähnt, daß Kammerer im Jahre 1882 von Glubel wegen sozialistischer Umtriebe zur Unterjochung gezogen und von Bloch verhaftet wurde. Schließlich werden die Indizien recapituliert, welche dafür sprechen, daß Kammerer, Stellmacher und Genossen auch die Morde an dem Apothekerprovisor Vienhardt in Straßburg im Oktober 1883, an dem Militärposten Adels ebendasselbst in derselben Nacht, an dem Bankier Heilbronner und dessen Bekannten Dettinger in Stuttgart im November 1883, verübten, wobei hervorzuheben ist, daß Dettinger nach einer Photographie Kammerer's denselben auf das Bestimmteste als einen der Thäter bezeichnete. Bei dem noch fortwährend wachsenden Material dürften noch Monate vergehen, bis das Wiener Landgericht die Anlage formuliert.

Best, 31. März. Im Oberhause erklärte der Ministerpräsident Tisza, er habe sich nach Anhörung der vom Oberhause eingesetzten Kommission entschlossen, von der Einbringung eines Gesetzentwurfs über die Reform des Oberhauses in dieser Session abzusehen.

Christiania, 1. April. Staatsrath Herxberg, auf den sich die beiden ersten Punkte der Anlage nicht beziehen, wurde heute vom Reichsgerichte zu einer Geldstrafe von 8000 Kronen, sowie zur Zahlung von 200 Kronen Projektskosten verurtheilt.

Paris, 1. April. Der Verwaltungsrath der Suezgesellschaft beschloß auf den Antrag von Lessers gestern einstimmig, daß bis auf Weiteres am 1. Juli d. J. ab die Erhebung der Spezialbootsentgelte für die Schiffe aller Nationen, welche den Suezkanal passieren, nicht stattfinden soll.

Madrid, 1. April. Das amtliche Blatt veröffentlicht das Dekret, betreffend die Auflösung der Cortes; die Wahlen zur Deputiertenkammer sind auf den 27. d. M., die der Senatoren auf den 8. Mai anberaumt. Die neuen Cortes treten am 20. Mai zusammen.

Bukarest, 1. April. Im Senat wurde heute der Gesetzentwurf, betreffend die Revision der Verfassung, vertheilt. Derselbe hält die vollständige Pressefreiheit aufrecht, hebt die Nationalgarde auf und setzt die Wahlkollegien für die Kammer von 4 auf 3 herab. Die Beratung des Entwurfs soll unverzüglich beginnen; in parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß derselbe noch vor den Osterferien votirt werden wird.

III. deutscher Handelstag.

(Original-Bericht der Posener Zeitung.)

I.

Berlin, 1. April.

Bekanntlich tritt morgen im Bürgerhause des Rathhauses der deutsche Handelstag zu seiner zwölften Plenarversammlung zusammen. Derselben wird in erster Reihe der Gesetzentwurf über die Kommandit-Gesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften beschäftigen.

Der Direktor der Diskontogesellschaften, Generalkonsul R u s s e l wird über diesen Gegenstand referieren.

Bereits am 12. November 1883 hat das Präsidium des deutschen Handelstages die Handelskammern aufgefordert, sich über den Entwurf gutachtlich zu äußern. Es sind in Folge dessen Gutachten eingegangen von den Handelskammern, bezw. kaufmännischen Korporationen zu Aachen-Burtscheid, Altona, Augsburg, Baden-Baden, Bayreuth, Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Breslau, Bromberg, Chemnitz, Coblenz, Köln, Colmar, Cottbus, Crefeld, Danzig, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf (Handelskammer), Düsseldorf (Verein für bergbauliche Interessen), Eberfeld, Flensburg, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Gera, Gießen, Göttingen, Halberstadt, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Harburg, Heidelberg, Hildesheim, Heilbronn, Hildesheim, Hirschberg, Karlsruhe, Kiel, Königsberg i. Pr., Landau, Lauban, Leipzig, Lübeck, Lüneburg, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Meiningen, Remer, Rühlhausen im Elsaß, München, Nordhausen, Nürnberg, Offenbach, Osnabrück, Sagan, Schweidnitz, Siegen, Stolberg, Stralsund, Straßburg i. E., Tüft, Trier und Wiesbaden.

Diese Gutachten erklären sich mit der Tendenz des Gesetzentwurfs: „die Auswüchse, welche sich bei Gründung von Aktien-Gesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien bislang ergaben, thunlichst zu beseitigen“, durchweg einverstanden. Die Dringlichkeit der Reform aber wird in den von den Motiven zum Entwurf behaupteten Nähe als wirklich vorhanden, vielfach in Abrede gestellt. Denn wenn auch — so wird in den meisten Gutachten ausgeführt — im wirtschaftlichen Leben ein neuer Aufschwung sich zeige, so könne nicht dargelegt werden, daß das Kapital sich neuerdings der aufsteigenden Bewegung auch zur Gründung von Aktien-Gesellschaften „bemächtige“. Ebenso erscheine es unzutreffend, „daß das Vertrauen in die bestehende Aktiengesetzgebung erschüttert sei und durch Wenderung derselben dieses Vertrauen wieder hergestellt werden müsse.“ Jede solide Unternehmung, die heutzutage in Form einer Aktien-Gesellschaft in Deutschland begründet werde, finde unter der bisherigen Gesetzgebung willig das nötige Geld. Ein unbedingt durchschlagender Grund, die Wenderung des Aktien-Gesetzes schon jetzt und nicht erst bei der bevorstehenden Revision des Handelsgesetzbuches vorzunehmen, liege sonach kaum vor. Es wird in dem Gutachten ferner behauptet, daß die Folgen des Anfangs der 70er Jahre stattgehabten Gründung zahlreicher Aktiengesellschaften in ihrem Gesamt-Resultat keineswegs so überaus schlimm gewesen seien, wie vielfach angenommen werde. Allerdings habe der seit dem Jahre 1873 auf fast allen Wirtschaftsgebieten eingetretene Rückschlag die Aktiengesellschaften fast ausnahmslos in ihren Dividenden geschmälert; es haben Konkurse, Liquidationen, Abscheidungen am Grundkapital zu großen Beträgen Platz gegriffen. Dies sei aber auch gleichzeitig in sehr bedeutendem Umfange bei Privatgeschäften vorgekommen und zwar auch bei solchen, in denen eine Konkurrenz der Aktiengesellschaften gar nicht, oder nur in untergeordnetem Maße vorhanden war. Wenn man nun erwäge, daß bei einem Engagement in Aktiengesellschaften von 5116 Millionen M. nur ein Betrag von 167 Millionen M., d. h. noch nicht 3 Prozent in Konkurs geraten ist, und unter diesen fast 30 Prozent Aktiengesellschaften figurieren, welche vor 1871 gegründet worden waren, daß bei den eingetretenen Liquidationen von zusammen 1169 Millionen M. nur ein Verlust von 241 Millionen M., d. h. kaum über 20 pCt. des betreffenden Kapitals sich ergab, daß endlich bei den vorgenommenen Herabsetzungen des Grundkapitals von 415 Millionen M. die betreffenden Gesellschaften nur den einen thatsächlichen Verlust am Gesellschaftskapital erlitten, wo die Reduzierung dieses Kapitals im Wege der Zusammenlegung von Aktien erfolgt war, daß aber die Reduzierung letzterer Art nur 198 Millionen M. betrug und in vielen Fällen ohne oder nur mit geringem direkten Verlust für Aktionär und Gesellschaft erfolgte, so könne man wohl nicht behaupten, daß die Verluste der Aktiengesellschaften, selbst im Verhältnis zu den Verlusten, welche allgemein und überall in Folge der wirtschaftlichen Krise entstanden waren, ungebührlich hohe gewesen seien. Speziell in Baden sei der Ruf nach einer Reform der Aktiengesetzgebung nie laut geworden, da dort, ebenso wie in Oesterreich, Mitteldeutschland, Schwaben und Neuburg, im Elsaß, in Schleswig, Lüneburg und Lübeck keine Mißstände, sondern nur hin und wieder Ausschreitungen auf dem Gebiete des Aktien-Gesellschaftswesens zu Tage getreten seien. Die Uebelstände, welche sich seit der Novelle von 1870 herausgestellt haben, werden auf wesentlich andere Gründe, als auf Mängel und Lücken in der bisherigen Gesetzgebung zurückgeführt. Sie sollen ihren Grund in der Natur der Kommandit-Gesellschaften auf Aktien und der Aktien-Gesellschaft, namentlich in der Stellung des Aktionärs zur Gesellschaft haben und durch die Gesetzgebung überhaupt nicht abgestellt werden können. Einzelne Uebelstände mögen entfallen sein oder der nicht sehr präzisen Fassung der betreffenden Gesetze, sie seien insofern durch die Rechtsprechung inzwischen größtentheils abgestellt. In Erwägung dieser Thatsachen wird in dem Gutachten die Ueberzeugung ausgesprochen, daß abgesehen von vereinzelten Fällen, die Verwaltungsorgane der Kommanditgesellschaften auf Aktien und der Aktien Gesellschaften, unter Ausübung der äußersten Sorgfalt und mit voller Treue verwalten haben und mithin durchaus kein Grund vorhanden sei, ein durch und durch von Mißtrauen gegen sie erfülltes Gelegenheitsgesetz zu erlassen. Der Gesetzentwurf sei vielmehr als der Beobachtung einzelner, an sich verwerflicher Vorgänge bei der Gründung und Verwaltung von Aktiengesellschaften und aus dem Streben, solche Vorgänge unbedingt unmöglich zu machen, hervorgegangen und gelange zu Rateten, welche mehr geeignet erscheinen, weitgehendes Mißtrauen gegen die große Mehrzahl der nach ihrer Gründung und Leitung soliden Aktiengesellschaften und die Organe derselben zu erwecken, von Gründung und Leitung der Aktiengesellschaften und von der Betheiligung an denselben abzuschrecken und dadurch einen sehr wesentlichen Faktor zur Förderung der wirtschaftlichen Zustände zu schwächen. Die vorgeschlagenen Bestimmungen treffen nicht die schädlichen Auswüchse des Aktienwesens und tragen den Keim neuer Uebelstände in sich. Das wirtschaftliche Leben unseres Jahrhunderts dränge in die Aufgaben, welche es sich stellen müsse, auf große Anlagen hin, zu deren Schaffung die Privatvermögen nicht immer ausreichen. An Stelle der letzteren müssen daher die Aktiengesellschaften und die Kommanditgesellschaften auf Aktien treten. Das wirtschaftliche Bedürfnis unserer Zeit sei also nicht die Verminderung, sondern die Vermehrung solcher großen Gesellschaften und deshalb sollte das wirtschaftliche Ziel unserer Gesetzgebung darauf gerichtet sein, die Bildung derselben zu erleichtern, nicht aber sie zu erschweren. Beschränkungen sollten nur insofern eine Stelle finden, als dieselben durch das öffentliche Interesse und zum Behufe der Verhütung betrügerischer Manipulationen geboten seien. Der vorliegende Entwurf aber weiche von diesem Ziele vielfach ab und lege der Errichtung und dem Betriebe von Aktiengesellschaften Hindernisse in den Weg, deren Nothwendigkeit nicht anzuerkennen sei. Insbesondere aber in Deutschland, wo die Kapitalbildung noch nicht so weit vorgeschritten sei, wie in den Ländern, mit denen es in erster Reihe den Konkurrenzkampf zu bestehen habe, sei die Assoziation des Kapitals eines der ersten Hilfsmittel, um durch Veredelung der eigenen und fremden Rohprodukte und Halbfabrikate das dem Volk erforderliche Arbeitsquantum zu schaffen, die Bildung neuer Werthe und Kapitalien zu fördern, die Sicherung gegen Verschädigung oder Verlust des Eigentums und Gelegenheit zur Kapitalanammlung für den Todesfall zu gewähren, sowie das Kreditbedürfnis zu befriedigen und an der Regelung des Geldumlaufs mitzu-

wirken.“ — Die Gutachten wenden sich im Speziellen gegen die Bestimmungen des Entwurfs, daß eine verschiedenartige Behandlung der Aktien-Kommandit- und der Aktiengesellschaften stattfinden solle, daß von den persönlich haftenden Gesellschaftern eine Betheiligung gefordert werde, die bekanntlich einschließend des Gesamtkapitals der Kommanditisten den zehnten Theil des Gesellschaftsvermögens darzustellen habe etc.

Nachdem einige sind die Urtheile der Handelskammern darin, daß die beabsichtigte Erhöhung des Mindestbetrages für Inhaber-Aktien auf 5000 M. und für Namens-Aktien auf 1000 M. viel zu hoch gegriffen sei. Der Hauptzweck der in Frage kommenden Bestimmung des Entwurfs, den „sogenannten kleinen Mann“ von der Betheiligung an einer Aktiengesellschaft abzuhalten, sei einerseits nicht durchweg zu billigen, andererseits werde dieser Zweck durch die Erhöhung des Minimal-Betrages nicht erreicht werden. Die Betheiligung an einem Aktien-Unternehmen werde dadurch zu einem Privilegium der Reichen gemacht, während kleineren Gewerbetreibenden die Möglichkeit genommen werde, sich in größerer Anzahl zu einem Geschäft zu vereinigen, ohne sich in die nicht aller Orten beliebte Form der Genossenschaft mit Solidarhaft zwingen zu lassen. Außerdem läge die Gefahr nahe, daß die unsolide Spekulationslust des kleinen Kapitalisten durch die Normierung des Mindestbetrages einer Aktie auf 5000 M. noch angeregt werde, indem sich die Spekulation einbürgern könne, daß das Publikum der mittleren Kapitalisten sich, statt der Aktien selbst, von einer Bank Zertifikate geringeren Betrages auf gewisse Aktien kaufen dürfte. Außerdem bieten aber auch die seither bestehenden Aktien-Gesellschaft so viel Material an Aktien mit geringem Kennwerthe, daß die Spekulationslust des kleinen Kapitalisten schon hierdurch befriedigt werden könnte, abgesehen davon, daß auch das Ausland durch Einbürgerung seiner Aktien-Titres sowohl von bestehenden, als auch noch zu gründenden Unternehmungen diese Erleichterung der Kapitalanlage in deutschen Papieren gehörig ausnützen würde. Die Folge davon würde aber sein, daß sowohl eine Preissteigerung für Aktienwerthe mit niedrigerem Kapitalbetrage eintritt und daß gerade das kleine Kapital durch Bezahlung über den vollen Werth solcher Anlagen geschädigt sein würde. Fast einstimmig sprechen sich die Gutachten dagegen aus, die konstituierende Generalversammlung von dem Richter berufen zu lassen und sie seiner Leitung zu unterstellen. Die richterliche Intervention bei der Successionsgründung berge die Gefahr in sich, daß das Aktionär-Publikum in ihr eine Gewähr für die Vollständigkeit der ihm vorgetragenen Thatsachen erblicken und seine eigene Kritik nicht hinreichend anstrengen werde, obwohl es dem Richter auch bei bestem Willen nicht möglich sei, so tief in die Angelegenheiten einzudringen, als die Interessen es vermögen. Die Gutachten wenden sich ferner gegen die Bestimmungen, daß bei Prüfung des Ertrages der Gründung, diejenigen Mitglieder, welche zugleich Gründer sind, nicht mitwirken dürfen, daß vielmehr für dieselben Stellvertreter zu bestellen seien. Es wird im Allgemeinen die Behauptung aufgestellt, daß bei unsoliden Gründungen „Strohmannen“, welche die Verantwortlichkeit leichtfertig übernehmen, ohne Weiteres gefunden werden können. Ernste, ehrbare und geachtete Männer würden schwerlich die verantwortliche Aufgabe der Untersuchung einer Gründung übernehmen wollen, bei der sie gar nicht betheiligt seien und an dem sie kein Interesse hinde. Die im Artikel 185a und 239c des Entwurfs dem Reichsfinanzler eingeräumte Befugnis, für gewisse Arten von Unternehmungen Formulare für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen, wird von fast allen Handelskammern als ein unerhörter Eingriff in die Vertragsfreiheit verworfen. „Das ganze wirtschaftliche Dasein der Gesellschaften würde damit der Staatsbehörde auf Gnade und Ungnade preisgegeben werden. Ein eigenes wirtschaftliches Interesse daran, wie die Gesellschaften ihre Bilanz aufstellen, habe auch der Staat gar nicht, so lange jene nur damit im Rahmen des Gesetzes blieben. Die Vorschrift wolle nun auf einem Umwege die bereits durch die Erfahrung verurtheilte Staatsaufsicht wieder einführen. Es liege dadurch die Gefahr nahe, daß für die mislißig werdenden Gesellschaften ein Formular für die Bilanz, sowie Gewinn- und Verlustrechnung aufgestellt werde, wodurch die Gesellschaften in ihrer Existenz und Ertragsfähigkeit aufs äußerste gefährdet und schließlich vernichtet werden könnten.“

Vocales und Provinzielles.

Posen, 2. April.

1. Im Handwerker-Verein hielt am 31. v. M. Dr. Theile einen Vortrag über Joseph Haydn. Der Redner gab in diesem Vortrage ein fesselndes Bild von dem Lebensgange und den Tonschöpfungen dieses Komponisten, und erteilte zum Schluß den lebhaften Beifall der zahlreichen Zuhörer.

2. Zu dem städtischen Realgymnasium fand am 1. d. Mts., Vormittags von 8—12 Uhr und Nachmittags von 3—5 Uhr die öffentliche Prüfung sämtlicher Klassen statt und zwar Vormittags der Vorschulklassen und sämtlicher Klassen von der Sexta bis incl. der Obertertia, Nachmittags der Sekundan und der Prima. Der Prüfung wohnten Deputierte des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bei. Den Schluß bildete eine Gesangausführung unter Leitung des Gesanglehrers Herrn Stiller. Es wurden dabei zunächst von dem gesamten Sängerkorps drei Lieder a capella: „Abschied vom Walde“ von Mendelssohn-Bartholdy, „Im Frühling“ von Fr. Abt, „Vorspiel“ von Richard Wagner; alsdann wurde „Die Nacht des Gefanges“ von Schiller, für Soli und gemischten Chor, mit Pianoforte-Begleitung, komponirt von A. Romberg, in vorzüglicher Weise zur Aufführung gebracht. — Die Zeichnungen, unter denen sich sehr tüchtige Leistungen befanden, und Probefchriften der Schüler lagen im Zeichensaal zur Ansicht auf.

Staats- und Volkswirtschaft.

* **Karlsruhe, 1. April.** [Serienzählung der Badi-schen 100-Tblr.-Loose.] 161, 359, 463, 488, 663, 790, 995, 1044, 1112, 1203, 1402, 1414, 1484, 1580, 1615, 1669, 1734, 1938, 1967, 2112, 2211, 2289.

* **Meiningen, 1. April.** [Gewinnziehung der Meiningen 7-Tblr.-Loose.] 4000 Fl. Ser. 7241 Nr. 35; 2000 Fl. Ser. 7511 Nr. 41, je 300 Fl. Ser. 3947 Nr. 21, Ser. 3947 Nr. 31, Ser. 6674 Nr. 16, Ser. 8461 Nr. 40.

* **Wien, 31. März.** [Die heutige Generalversammlung der Kreditanstalt] genehmigte einstimmig ohne Debatte den Geschäftsbericht, sowie die Anträge des Verwaltungsrathes, von dem nach 5 Prozent Verzinsung des Aktienkapitals verbleibenden Gesamtvertrags von 2111206 Fl., 419070 dem Reservefonds zuzurechnen, 167628 Fl. als statutenmäßige Dividende zu vertheilen, 1500000 oder 6 Fl. per Aktie als Restdividende zu vertheilen (wonach der Coupon von 1. April ab mit 14 Fl. einlösbar ist) und den Rest von 24507 Fl. auf die neue Rechnung vorzutragen. Die auscheidenden Verwaltungsräthe wurden wiedergewählt, und der Direktor Hornbohel, welcher seine Entlassung genommen hatte, neu in die Verwaltung gewählt. Derselbe erklärte sich bereit, als Delegirter des Verwaltungsrathes die Funktionen des Direktors einige Zeit stellvertretend zu versehen. Der Geschäftsbericht konstatiert den durchschlagenden Erfolg der letzten ungarischen Goldrentenoperation.

Vermischtes.

* **Best, 1. April.** Die zweijährige Gefängnisstrafe, zu welcher Dr. Rosenberga wegen des Duells, in welchem er den Grafen Batthyany erschoss, in erster Instanz verurtheilt wurde, ist in zweiter Instanz auf 6 Monate herabgesetzt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 2. April. (Privat-Telegr. der „Posener Zeitung“.) Der Kaiser hütet wegen einer Erklärung das Bett. Der Kronprinz ist heute früh 7^{1/2} Uhr über Blissingen nach Schloß Windfor abgereist.

München, 1. April. Die Kammer der Reichsräthe erledigte heute mehrere kleinere Etats, bewilligte das Nachtragspostulat von 40 000 M. für die Hagelversicherung, genehmigte 20 000 M. für die Errichtung einer elektro-technischen Versuchsanstalt und nahm einstimmig den Antrag bezüglich einer Abänderung des Reichspensionsgesetzes an, wonach auch denjenigen Personen, welche den Termin zur Anmeldung ihrer Pensionsansprüche veräumt haben, weil ihre Erwerbsunfähigkeit als Folge des Krieges von 1870/71 erst später hervorgetreten, die Pensionsansprüche gewahrt bleiben sollen. Schließlich beschloß die Reichsrathskammer, den Antrag des Freiherrn v. Verchenfeld, betreffend die Gewerbesteuer für Branntweinbrennereien, der Regierung zur Erwägung zu übergeben. — Die Kammer der Abgeordneten erledigte den Forstetat, begann die Beratung der Forstorganisation und vertagte sich sodann auf morgen.

Meiningen, 1. April. [Reichstags-Sitzung.] Bis jetzt sind gezählt für Witte (liberal) 6581, für Biedel (Sozialdemokrat) 3339 Stimmen.

Braunschweig, 1. April. Zur 75jährigen Jubelfeier der Errichtung des braunschweigischen Truppenkorps fand heute vor dem Herzog in Anwesenheit des Prinzen Albrecht von Preußen große Parade statt. Viele Häuser haben geflaggt.

Wien, 1. April. Das Unterhaus nahm in seiner heutigen Sitzung die Gewerbegesetznovelle einstimmig zur Basis für die Spezialdebatte an. Auf den Antrag des Präsidenten tritt das Haus um 1 Uhr zu einer nicht öffentlichen Sitzung zusammen, um die Beschlüsse des Abg. Georg Seidl wegen der ihm geführten nach Schluß der Sitzung des Unterhauses von den Abgeordneten Agron, Pronay und Holtzky zugefügten Beschimpfungen zu erörtern.

Paris, 1. April. Die Deputiertenkammer nahm den von Floquet eingebrachten Antrag an, nach welchem die Stadt Paris in vier Bezirke getheilt werden soll, von denen ein jeder eine seiner Bevölkerung entsprechende Zahl von Municipalräthen mittels des Listenstrutiniums zu wählen hat. Die Gesamtzahl der Municipalräthe von Paris würde alsdann 83 betragen. — Euneo d'Ornano (Bonapartist) beantragte zu beschließen, daß der Kongreß, wenn er zur Beratung der Revision der Verfassung zusammentrete, seine Sitzungen in Paris und nicht in Versailles halten solle. Euneo d'Ornano verlangte die Dringlichkeit für die Beratung seines Antrags, dieselbe wurde indessen abgelehnt.

London, 1. April. Gestern fand in Hastings ein liberales Meeting statt. Sir Thomas Brassey, einer der Lords der Admiralität, sagte, Gladstone habe sich ungern zu der Ansicht bestimmen lassen, daß die Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit und der Ordnung in Egypten nur mit Hilfe des englischen Einflusses möglich sei. Derselbe sei schmerzlich berührt von der Wahrnehmung, daß das ägyptische Volk so wenig fähig sei, sich zu regieren. Indef werde ein so weiser Staatsmann, wie Gladstone, sich immer durch Erkenntnis der Thatfachen und nicht durch Gefühle bestimmen lassen.

Belgrad, 1. April. Die von Wiener Blättern gebrachte Nachricht, daß wegen Einschmuggelung von verbotenen Proklamationen Verhaftungen vorgenommen seien, wird von unterrichteter Seite als unrichtig bezeichnet. Anlaß zu derselben gab der Umstand, daß einem Reisenden ein verbotenes Buch abgenommen wurde.

Sofia, 31. März. Eine im Hofe der Kathedrale stattgehabte Versammlung von etwa 3000 Personen gab dem Bedauern Ausdruck, daß die beiden bulgarischen Ländertheile durch den Kongreß getrennt worden seien.

Kairo, 1. April. Aus Suakin vom heutigen Tage wird gemeldet: Espione berichten, daß Osman Digma in Aschab beim Tamanih mit 1000 Mann und den Anführern zahlreicher Stämme lagere und einen Angriff auf die mit den Engländern befreundeten Stämme vorbereite. In der vergangenen Nacht näherte sich der Feind Suakin bis auf eine Entfernung von einer Meile und erbeutete die dort befindlichen Futtervorräthe. Mahmud Ali Pascha ist mit 100 Mann zur Verfolgung aufgebrochen.

Washington, 1. April. Der Ausschuß des Senats für auswärtige Angelegenheiten empfiehlt die Absendung eines diplomatischen Agenten der Union zur Untersuchung der Frage der Souveränität des unteren Kongogebietes.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserats übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduc. in mm. 82 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad.
1. Nachm. 2	755,3	SO mäßig	wolkenlos	+ 9,0
1. Abnds. 10	756,4	NO lebhaft	trübe	+ 5,5
2. Morgs. 6	755,7	NO schwach	trübe	+ 3,2
Am 1. Wärme-Maximum: + 9°6 Cels. Wärme-Minimum: + 1°3				

Wasserstand der Warthe.

Posen, am	1. April Morgens 1,66 Meter.
1.	Mittags 1,66
2.	Morgens 1,70

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 1. April. (Schluß-Course.) Fest.
Lond. Wechsel 20,45. Pariser do. 81,13. Wiener do. 168,45. R.-M. do. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 110. R.-M.-Pr.-Anth.

Reichsanl. 102 $\frac{1}{2}$. Reichsanl. 147 $\frac{1}{2}$. Darmst. 157 $\frac{1}{2}$. Meining. St. 94 $\frac{1}{2}$. Def.-ung. Anl. 713,00. Kreditaktien 282 $\frac{1}{2}$. Silberrente 68 $\frac{1}{2}$. Papierrente 67 $\frac{1}{2}$. Goldrente 86 $\frac{1}{2}$. Ung. Goldrente 77 $\frac{1}{2}$. 1880er Loose 121, 1884er Loose 310,50. Ung. Staatsl. 225,20. do. Obli. Obl. II. 99. Böhm. Westbahn 269. Elisabethb. —. Nordwestbahn 157 $\frac{1}{2}$. Galizier 250 $\frac{1}{2}$. Franzosen 269 $\frac{1}{2}$. Lombarden 120 $\frac{1}{2}$. Italiener 94, 1877er Ruffen 94 $\frac{1}{2}$. 1880er Ruffen 76 $\frac{1}{2}$. II. Orientanl. 60 $\frac{1}{2}$. Centr.-Pacifc 111 $\frac{1}{2}$. Disconto-Kommandit —. III. Orientanl. 60 $\frac{1}{2}$. Wiener Bankverein 97, 5 $\frac{1}{2}$ österreichische Papierrente 67 $\frac{1}{2}$. Buschterader —. Egypter 67 $\frac{1}{2}$. Gotthardbahn 96 $\frac{1}{2}$.
Türken —. Edison —. Südb.-Potsdamer 163 $\frac{1}{2}$. Rothr. Eisenwerke —. Marienburg-Flawla —. Alpine-Prioritäten —.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 282 $\frac{1}{2}$. Franzosen 269 $\frac{1}{2}$. Galizier 250 $\frac{1}{2}$. Lombarden 120 $\frac{1}{2}$. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Gauder —. Gotthardbahn —. Spanier —. Marienburg-Flawla —. 1880er Loose —.

Wien, 1. April. (Schluß-Course.) Ziemlich fest.
Papierrente 80,00. Silberrente 81,20. Deferr. Goldrente 101,56. 6-proz. ungarische Goldrente 121,65. 4-proz. ungar. Goldrente 91,82 $\frac{1}{2}$. 5-proz. ungar. Papierrente 88,60. 1884er Loose 124,00. 1880er Loose 137,00. 1884er Loose 170,20. Kreditloose 174,00. ungar. Prämien 117,00. Kreditaktien 325,60. Franzosen 319,10. Lombarden 143,20. Galizier 296,00. Kasch.-Oderb. 147,20. Pardubitzer 153,50. Nordwestbahn 186,50. Elisabethbahn 232,20. Nordbahn 262,00. Deferr.-Ung.-Bank —. Türl. Loose —. Unionbank 110,50 excl. Anglo-Aust. 117,00. Wiener Bankverein 109,50. Ungar. Kredit 320,00. Deutsche Plätze 59,25. Londoner Wechsel 121,30. Pariser do. 48,10. Amsterdam do. 100,25. Napoleons 9,61. Dufaten 5,66. Silber —. Karntnoten 59,25. Russische Banknoten 1,23. Semberg-Garmowitz —. Kronpr.-Rudolf 180,20. Franz-Josef —. Durg-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbthalb. 198,00. Tramway 237,00. Buschterader —. Deferr. 6-proz. Papier 88,60.
Ziehung 1884er Loose. 100 000 fl. Nr. 4 Ser. 1001, 20 000 fl. Nr. 32 Ser. 767.

Wien, 1. April. (Abendbörse.) Ungarische Kredit-Aktien Basis, 31. März. (Boulevard-Bericht.) 5-prozent. Rente 75,87 $\frac{1}{2}$. 4 $\frac{1}{2}$ pSt. Anleihe 107,12 $\frac{1}{2}$. österr. Goldrente —. Italiener —. Türken 8,65. Türl.-Loose —. Spanier 61 $\frac{1}{2}$. Egypter 340. Ungar. Goldrente —. Lombarden —. Banque ottomane 651. Franzosen —. Fest.

Paris, 1. April. (Schluß-Course.) Fest.
3-proz. amortisirt. Rente 77,30 excl. 3-prozent. 76,05. 4-proz. Anleihe 107,45. Italienische 5-proz. Rente 94,15. Deferr. Goldrente 86 $\frac{1}{2}$. 6-proz. ungar. Goldrente 102 $\frac{1}{2}$. 4-proz. ungar. Goldrente 77 $\frac{1}{2}$. 5-proz. Ruffen de 1877 96 $\frac{1}{2}$. Franzosen 670,00. Lombard-Ges.-bank-Aktien 317,50. Lombard. Prioritäten 299,00. Türl. de 1885 8,67 $\frac{1}{2}$. Türl.-Loose 41,30. III. Orientanleihe —. Credit mobilier 34,00. Spanier neue 62 $\frac{1}{2}$. Suezkanal-Aktien 2003. Banque ottomane 653. Credit foncier 1262,00. Egypter 340,00. Banque de Paris 877. Banque d'escompte 523,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,21 $\frac{1}{2}$. 5-proz. Rumänische Anleihe —. Foncier Egyptien 525,00. Priv. Türl. Oblig. 375,00. Renten per Ende April.

Petersburg, 1. April. Wechsel auf London 24 $\frac{1}{2}$. II. Orientanleihe 94 $\frac{1}{2}$. III. Orientanleihe 94 $\frac{1}{2}$. Privatdiscont 6 pSt. Neue Goldrente 161.
London, 1. April. Consols 102 $\frac{1}{2}$. Italienische 5-prozentige Rente 93. Lombarden 12 $\frac{1}{2}$. 3-proz. Lombarden alte 11 $\frac{1}{2}$. 3-proz. do. neue 11 $\frac{1}{2}$. 5-proz. Ruffen de 1871 90 $\frac{1}{2}$. 5-proz. Ruffen de 1872 92 $\frac{1}{2}$. 5-proz. Ruffen de 1873 91 $\frac{1}{2}$. 5-proz. Türl. de 1885 8 $\frac{1}{2}$. 4-proz. fundirt. Amerik. 126. Österreichische Silberrente 67 $\frac{1}{2}$. do. Papierrente —. 6-proz. Ungarische Goldrente 76 $\frac{1}{2}$. Deferr. Goldrente 85 $\frac{1}{2}$. Spanier 61 $\frac{1}{2}$. Egypter neue 67 $\frac{1}{2}$. do. unif. 67 $\frac{1}{2}$. Ottomanbank 16 $\frac{1}{2}$. Preuss. 4-proz. Consols 101. Fest.

Suez-Aktien 78 $\frac{1}{2}$. Silber —. Glasbistont 2 $\frac{1}{2}$ pSt.
Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,66. Wien 12,29. Paris 25,44. Petersburg 24.

In die Bank Kassen heute 67 000 Pfd. Sterl.
Newyork, 31. März. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95 $\frac{1}{2}$. Wechsel auf London 4,87. Cable Transfers 4,89 $\frac{1}{2}$. Wechsel auf Paris 5,18 $\frac{1}{2}$. 4-prozentige fundirt. Anleihe —. 4-prozentige fundirt. Anleihe von 1877 124 $\frac{1}{2}$. Erie-Bahn-Aktien 21. Central-Pacific-Bonds 114. Newyork Centralbahn-Aktien 114 $\frac{1}{2}$. Chicago- und North Western Eisenbahn 140 $\frac{1}{2}$.
Geld leicht, für Regierungsbonds 1 $\frac{1}{2}$ für andere Sicherheiten 1 $\frac{1}{2}$ Prozent.

Produkten-Course.

Königsberg, 1. April. (Getreidemarkt.) Weizen still. Roggen rubig, loco 121/122 Pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 125,00, per Frühjahr 127,50, per Sept.-Okt. —. Gerste unverändert. Hafer ruhiger, loco inländischer 126,00, pr. Frühjahr 124,00. Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 155,60. Spiritus vr. 100 Liter 100 pSt. loco 47,50, per Frühjahr 47,50, per August 50,75. — Wetter: Wind.

Böln, 1. April. (Getreidemarkt.) Weizen besserer loco 18,50, fremder 19,00, per Mai 17,55, per Juli 17,75, per Novbr. —. Roggen loco besserer 14,50, per Mai 13,80, per Juli 14,05, per Novbr. —. Hafer loco 14,25. Rübsöl loco 32,00, per Mai 30,40, pr. Okt. 29,40.

Bremen, 1. April. Petroleum (Schlußbericht) fest. Standard white loco 7,40, per Mai 7,50, per Juni 7,60, per Juli 7,70, per Aug.-Dezbr. 8,00. Alles bezahlt.

Hamburg, 1. April. (Getreidemarkt.) Weizen loco unveränd., auf Termine rubig, per April-Mai 166,00 Br., 165,00 Gd., per Mai-Juni 169,00 Br., 168,00 Gd. — Roggen loco unv., auf Termine rubig, per April-Mai 125,00 Br., 124,00 Gd., per Mai-Juni 126,00 Br., 125,00 Gd. Hafer u. Gerste unveränd. Rübsöl rubig, loco 59,50, per Mai 59,50. Spiritus rubig, per April-Mai 38 Br., per Mai-Juni 38 Br., per Juli-August 39 $\frac{1}{2}$ Br., per August-September 40 $\frac{1}{2}$ Br. — Raffee fest, Umsatz 2500 Sad. Petroleum behauptet. Standard white loco 7,65 Br., 7,55 Gd., per April 7,45 Gd., per August-Dezbr. 8,00 Gd. Wetter: Schön.

Wien, 1. April. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 9,67 Gd., 9,72 Br., per Mai-Juni 9,72 Gd., 9,77 Br. — Roggen per Frühjahr 8,27 Gd., 8,32 Br., pr. Mai-Juni 8,30 Gd., 8,35 Br. Mais per Mai-Juni 6,88 Gd., 6,93 Br., per Juli-August 7,05 Gd., 7,10 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,35 Gd., 7,40 Br., per Mai-Juni 7,45 Gd., 7,50 Br.

Wien, 1. April. (Produktenmarkt.) Weizen loco fest, per Frühjahr 9,39 Gd., 9,41 Br., per Herbst 9,80 Gd., 9,82 Br. Hafer per Frühjahr 6,88 Gd., 6,90 Br. Mais per Mai-Juni 6,50 Gd., 6,52 Br. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 1. April. (Getreidemarkt.) Weizen pr. November 242. Roggen per Mai 157, per Oktober 161.

Antwerpen, 1. April. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 18 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., per Mai 18 $\frac{1}{2}$ Br., per Juni 18 $\frac{1}{2}$ Br., per Septbr.-Dezember 19 $\frac{1}{2}$ Br. Fest.

Antwerpen, 1. April. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen rubig. Hafer still. Gerste behauptet.

Paris, 1. April. (Produktenmarkt (Schlußbericht.) Weizen rubig, per April 22,30, per Mai 22,60, per Mai-August 23,00, per Juli-August 23,50. Roggen behauptet, per April 16,00, per Juli-August 16,75. Rübsöl 9 Marques fest, per April 47,80, per Mai 48,40, per Mai-August 49,25, per Juli-August 49,00. — Rübsöl rubig, per April 70,25, per Mai 70,75, per Mai-August 71,75, per Sept.-Dez. 73,25. Spiritus rubig, per April 41,25, per Mai 41,75, per Mai-August 42,75, per Sept.-Dez. 45,75. — Wetter: Schön.

Paris, 1. April. Rohzucker 88° träge, loco 43,25 a 43,50. Weißer Zucker rubig, Nr. 3 pr. 100 Kilo per April 51,10, per Mai 51,25, per Mai-August 51,50, per Oktober-Januar 52,75.

Wien, 1. April. Getreidemarkt. Weizen 1 b. billiger, Mais flau. Mehl matt. — Wetter: Schön.

Brasford, 31. März. Wolle und Garne fest, Stoffe stetig.

Glasgow, 31. März. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 11 000 Tons gegen 8500 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glasgow, 1. April. Robeisen. (Schluß.) Mixed numbers warants 42 $\frac{1}{2}$ sh. — d.

London, 1. April. An der Rüste angeboten 2 Weizenladungen. Wetter: Warm.

London, 1. April. Havannazucker Nr. 12 18 nominell. — Centrifugal Ruba —.

Manchester, 1. April. 12r Water Armitage 6 $\frac{1}{2}$, 12r Water Taylor 7, 20r Water Nichols 8 $\frac{1}{2}$, 30 Water Clayton 9 $\frac{1}{2}$, 32r Rod Townhead 9 $\frac{1}{2}$, 40r Mule Mayall 9 $\frac{1}{2}$, 40r Medio Wilkinson 11, 32r Warpcops Lees 8 $\frac{1}{2}$, 30r Warpcops Qual. Rowland 9 $\frac{1}{2}$, 40r Double Weston 11, 60r Double courante Qualität 14 $\frac{1}{2}$, Printers 14 $\frac{1}{2}$ 8 $\frac{1}{2}$ pfd. 86. Anziehend.

Bromberg, 1. April. (Bericht der Handelskammer.)

Weizen matt, hochbunt und glattig feiner 175—182 M., hellbunt gesund mittel Qualität 165—172 M., abfallende Qualität mit Auswuchs 150—160 M., Roggen niedriger, loco inländischer feiner 135—136 M., mittel Qualität 133—135 M., geringe Qual. 130—134 M., — Gerste nominell, Brauwaare 140—145 M., grobe und kleine Futtergerste 125—130 M., — Hafer loco je nach Qualität 125—135 M., — Erbsen, Kochwaare 160—170 M., Futterwaare 140—145 M., — Rüben und Raps ohne Handel. — Spiritus höher, pro 100 Liter à 100 Prozent 47—47,50 M., — Rubelskurs 207 M.

Marktpreise in Breslau am 1. April.

Frühschungen der städtischen Markt-Deputation.		gute		mittlere		geringe Waare	
		Obst.	Nies.	Obst.	Nies.	Obst.	Nies.
Weizen, weißer	pro	18 80	18 80	17 60	17 40	16 40	16 60
do. gelber	pro	18 —	17 10	16 60	16 10	15 80	14 60
Roggen	100	15 10	14 90	14 20	13 —	13 70	13 50
Gerste	100	15 80	14 60	13 40	13 30	12 80	12 60
Hafer	Kilog.	14 20	13 80	13 10	13 20	12 80	12 50
Erbsen	Kilog.	18 50	17 50	17 —	16 —	15 50	15 —

Kartoffeln, pro 50 Kgr. 3,00—3,25—3,50—3,75 M., pro 100 Kgr. 6—6,50—7—7,50 M., pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 M., — Heu, per 50 Kgr. 3,20—3,40 M., — Stroh, per Schock à 600 Kgr. 24,00—25,00 M.

Breslau, 1. April. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Riesfaat rothe (per 50 Kilogramm) rubig, ordinär 37—47, mittel 48—50, fein 51—55, hochfein 56—59. — Riesfaat weiße (per 50 Kgr.) unverändert, ordinär 55—65, mittel 66—80, fein 81—94, hochfein 95—100. — Roggen (per 2000 Kilogr.) niedriger. Gefündigt 5000 Centner. Abgeladene Rübungscheine —, per April 144,00 Br., per April-Mai 144,00—143,50—144,00 bez. Gd., per Mai-Juni 145,50 Br., per Juni-Juli 147,00 bez. Br. Gd., per Juli-August 148,00 Br., per September-Oktober 148 Br. — Weizen Gefündigt —, Centner, per April 186 Br. — Hafer Gefündigt — Centner, per April 133 Br., per April-Mai 133 Br., per Mai-Juni 135 Br., per Juni-Juli 137 Br. — Raps Gefündigt — Centner, per April 268 Br. — Rübsöl mat. Gefündigt 1200 Centner, loco in Quantitäten à —, Kilogramm —, per April 55,50 Br., per April-Mai 50,50 bez., per Mai-Juni 56,50 Br., per September-Oktober 57,50 Br. — Spiritus Gefündigt 125 000 Liter, per April 45,80—46,10 bez., per April-Mai 45,80—46,10 bez., per Mai-Juni 46,30 Gd., per Juni-Juli 47,40 bez., Juli-August 48,50 Gd. Br., per August-September 48,60 Gd. per September-Oktober 48,50 Br.

Zink: (per 50 Kilo) ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission.

Breslau, 1. April. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags. [Privatbericht.] Sandvufuhr und Angebot aus zweiter Hand war mäßig, die Stimmung im Allgemeinen lustlos.

Weizen in sehr ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. schleffischer weißer 16,40—18,60—19,70 M., gelber 16,25—17,00—17,80 M., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen nur seine Qualitäten veräußert, bezahlt wurde per 100 Kilo netto 14,00—14,30—14,80 M., russischer 14,50 bis 15,30 M., feinsten über Notiz. — Gerste schwach gefragt, per 100 Kilogr. 12,80 bis 13,80 M., weiße 15,30—16,00 M. — Hafer preisbaltend, per 100 Kilogramm 12,60—13,60—14,30 M., feinsten über Notiz bez. — Mais ohne Aenderung, per 100 Kilogramm 12,50—13,00—14,00 M., — Erbsen mehr angeboten, per 100 Kilogr. 15,00—17,00—18,80 M., Vittoria 17,00—19,00 bis 21,00 M. — Bohnen preisbaltend, per 100 Kilogramm 18,00 bis 19,00—20,00 M., — Lupinen seine Qualitäten gut veräußert, per 100 Kilogramm 8,80 bis 9,10 bis 9,70 M., blaue 8,70—9,00 bis 9,30 M. — Wicken mehr angeboten, per 100 Kilogramm 14,50—14,75—15,50 M. — Delfaaten schwacher Umsatz. — Schlaglein sehr fest. — Schlagleinfaat per 100 Kilogr. — M. — Winterraps per 100 Kilogr. — M. — Winterrapsen per 100 Kilogramm — M., — Sommererbsen per 100 Kilogramm — M. — Leindotter per 100 Kilogramm — M. — Rapskuchen schwacher Umsatz, per 50 Kilogramm 7,50 7,70 M., fremde 7,00—7,40. — Leinsamen in fester Stimmung, per 50 Kilogramm 8,50—8,80 M., fremde 7,40—8,20 M. — Riesfaaten schwacher Umsatz, rother behauptet, per 50 Kilogramm 45—50—53—59 M., weißer unverändert, per 50 Kilogramm 53—65 bis 78 bis 90 M., hochfein über Notiz. — Schwedischer Riesfaaten rubig, per 50 Kilogramm 63—76—93 M. — Tannen-Riesfaaten rubig, per 50 Kilogramm 62—72—78 M. — Thymothee unverändert, per 50 Kilogramm 18—20—23 M.

Stettin, 1. April. [An der Börse.] Wetter: Leicht bewölkt. + 9° Raum, Barometer 28,4. Wind: SO.

Weizen niedriger, per 1000 Kilogramm loco gelb und weiß 160 bis 179 M. bez., per April-Mai 174,5—175,5 M. bez., per Mai-Juni 176,5 M. bez., per Juni-Juli 178—178,5 M. bez., per Juli-August 179,5—180 M. bez., per Sept.-Oktober 182,5 M. bez. — Roggen niedriger, mit festem Schluß, per 1000 Kilogramm loco inländischer 132 bis 138 M., russischer 137—139 M. bez., per April-Mai 134,5 bis 135 M. bez., per Mai-Juni 137—137,5 M. bez., per Juni-Juli 139 M. bez., per Juli-August 139,5—140 M. bez., per September-Oktober 141,5—142 M. bez. — Gerste und Erbsen ohne Handel. — Hafer stille, per 1000 Kilo loco 125—146 M. bez., per April-Mai 129 M. Br., 128 M. Gd. — Winterraps per 1000 Kilo loco — M. bez. — Winterrapsen ohne Handel. — Rübsöl per 100 Kilogr. loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 59 M. Br., per April-Mai 57,25—57 M. bez., per Sept.-Oktober 57 M. Br. — Spiritus behauptet, per 10 000 Liter pSt. loco ohne Faß 46 M. bez., abgeladene Anmelungen —, Lieferung mit Faß — M., per April-Mai 46—45,9 bis 46,3 M. bez., Br. und Gd., per Mai-Juni 46,9 bez., Br. u. Gd., per Juni-Juli 47,3—47,1—47,4 M. bez., Br. u. Gd., per Juli-August 48,2 M. Br. u. Gd., per August-Sept. 48,9 M. Br. u. Gd., per Sept. 49,5 M. bez. — Angemeldet: 110 000 Str. Spiritus, 18 000 Str. Weizen, 56 000 Str. Roggen, 2 009 Str. Hafer, — Petroleum, 2 000 Str. Rübsöl. — Regulirungspreise: Weizen 175 M., Roggen 135 M., Hafer 128,5 M., Rübsöl 57 M., Spiritus 46,1 M., — Petroleum loco 8,1 M. tr. bez., Regulirungspreis 8,1 M. trans., alte Waare 8,35 M. trans. bez. — Schmalz, Fairbank — M. tr. bez. — Kartoffelmehl prima — M. per 2100 Kilo Brutto incl. Sad. (Offener Ztg.)

